

10 Jahre Tolerantes Brandenburg

von Dr. Andreas Bernig

Am 23. Juni 2008 ist das Handlungskonzept der Landesregierung Tolerantes Brandenburg 10 Jahre alt.

Wenn Mathias Platzeck kürzlich feststellte, dass Brandenburg in den letzten 10 Jahren weltoffener, toleranter und demokratischer geworden ist, dann lasse ich das mal so im Raum stehen, denn es ist offen wo die Entwicklung hingegangen wäre, wenn es kein Handlungskonzept der Landesregierung gegeben hätte.

Der Dank meiner Fraktion gilt allen, die sich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus engagiert haben und weiter engagieren. Stellvertretend für viele danke ich Heinz-Joachim Lohmann vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und Wolfram Hülsemann vom demos-Instituts für Gemeinwesenberatung. Gleichzeitig wünsche ich der neuen Vorsitzenden des Aktionsbündnisses Frau Heilgard Asmus viel Erfolg für ihre Tätigkeit.

Es muss aber auch festgestellt werden: Brandenburg hat nach wie vor ein Problem mit dem Rechtsextremismus!

Die Zahl der rechtsextremen Bands und Konzerte in Brandenburg ist angestiegen und es gibt einen deutlichen Anstieg bei den rechtsextremen Internetangeboten.

Die rechtsextremistisch motivierten Straftaten sind seit 2003 von 923 auf 1399 im Jahr 2006 kontinuierlich angestiegen. 2007 hatten wir 1.361 zu verzeichnen.

Die Gewaltstraftaten unterliegen Schwankungen zwischen 87 im Jahr 2003 und 105 im Jahr 2005, stagnieren aber auf hohem Niveau. So hatten wir 2006 90 und 2007 93 Gewaltstraftaten zu verzeichnen.

In den ersten drei Monaten dieses Jahr gab es bereits wieder 336 Straftaten rechtsextremistisch motivierter Kriminalität. Bei sieben rechtsextremistischen Überfällen wurden 11 Menschen durch Gewaltkriminalität verletzt.

Es bleibt also festzustellen, trotz harter Repressionsarbeit gegen offene neonazistische und gewaltbereite Kräfte, trotz Verbot neonazistischer

Kameradschaften, trotz vielfältiger zivilgesellschaftlicher Initiativen und ihrer Bündelung im landesweiten „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“, trotz des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung, die allesamt nicht gering geschätzt werden dürfen, setzen rechtsextremistische Kräfte ihre Aktivitäten fort, bauen sie weiter aus und finden einen Nährboden dafür.

Und deshalb ist das Handlungskonzept für ein tolerantes Brandenburg in seiner Stetigkeit und Kontinuität um so wichtiger.

Aber wir müssen darüber nachdenken wie eine noch ganzheitlicherer und ressortübergreifende Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entwickelt werden kann.

Im Grunde muss bei jeder politischen Entscheidung mitgedacht werden, welche Konsequenzen sie für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat.

Das wirft auch die Frage auf, ob die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg beim Bildungsministerium richtig angebunden ist oder nicht vielmehr als Chefsache zur Staatskanzlei gehört?

Auch was die Stärkung des Rechtsstaates betrifft, wiederhole ich unseren Vorschlag zur Aufnahme des Verbotes der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in das Grundgesetz und in die Verfassung des Landes Brandenburg.

Das ist als Wertemaßstab wichtig, aber auch für die Rechtsprechung zur verfassungsgemäßen Anwendung der Gesetze. Meine Fraktion wird zur nächsten Landtagssitzung einen entsprechenden Entwurf einbringen.

Den Damen und Herren von der DVU, die ständig eine Evaluierung des Konzeptes fordern ist zu sagen – beim Handlungskonzept der Landesregierung Tolerantes Brandenburg geht es um immaterielle und geistige Werte und nicht ums Geld.

Es geht darum den Menschen in diesem Land Werte zu vermitteln die den demokratischen und sozialen Rechtsstaat erhalten und ausbauen und das friedliche Zusammenleben der Menschen gewährleistet.

Diese Werte haben mit dem Nationalismus der DVU, ihrer Deutschtümelei, ihrer Europa- und Ausländerfeindlichkeit, ihrer Verharmlosung der Nazidiktatur und der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Ostgrenze Deutschlands nichts zu tun.

Die Würde des Menschen erklärt sich nicht aus der Herkunft, wie das die DVU gerne tut, sondern aus dem Menschsein an sich.

Deshalb sind auch alle Menschen vor dem Gesetz gleich und die politischen und sozialen Grund- und Freiheitsrechte unteilbar. Und wenn es zur Unteilbarkeit von politischen und sozialen Grundrechten unter Demokraten durchaus auch unterschiedliche Auffassungen gibt, wird uns das nicht davon abhalten gemeinsam gegen die von der DVU vertretenen Werte entschlossen vor zu gehen.

Toleranz hat nämlich eine Grenze und die ist dort, wo durch Nationalismus und Deutschtümelei, wo durch Verharmlosung der Nazidiktatur und der Verbrechen der Wehrmacht eben nicht die Lehren aus der Geschichte gezogen werden und die Völker erneut gegeneinander gehetzt werden.

Uns allen ist noch in Erinnerung, wie die DVU mit einem Antrag im Landtag die Streichung des Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches zur Volksverhetzung erreichen wollten. Hier hat sie wieder mal gezeigt, wes Geistes Kind sie wirklich ist.

Es ist das größte Verdienst des vereinten Europa, dass zwischen den Völkern der Frieden hergestellt und gesichert wurde. Das werden wir mit aller Entschiedenheit verteidigen.

Aus Sicht der Linken muss es in Europa noch viel stärker darum gehen auch ein sozialeres Europa zu bauen. Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Dienstleistungsrichtlinie hat gerade gezeigt, wie wichtig es ist einen gesetzlichen Mindestlohn ein zu führen und das soziale Niveau in Europa auf hohem Niveau anzugleichen.

Das wäre auch ein wichtiger Beitrag dazu der DVU und anderen rechtsextremistischen Parteien den Boden für ihre soziale Demagogie zu entziehen. Diese Auseinandersetzung werden wir im Rahmen unserer Grundwerte führen. Ich will es hier noch einmal ganz deutlich hervorheben: Der grundlegende Unterschied zu unseren Grundwerten besteht darin, dass rechtsextremistisches Gedankengut inhuman ist.

Es behauptet die Ungleichheit der Menschen, ihre Träger dünken sich oder ihr Volk überlegen und andere Menschen sowie Völker werden erniedrigt oder zumindest getrennt vom eigenen gehalten.

Für uns sind alle Menschen gleich und alle haben die gleiche Grund- und Freiheitsrechte.

An die Adresse aller Demokraten sage ich: Das dreiste Agieren der Rechtsextremisten ist die Schwäche der Demokratie!

Also lassen sie uns gemeinsam überlegen und daran arbeiten, wie diese Demokratie für die Menschen tatsächlich wieder erlebbarer wird.

Im Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg gibt es dazu viele Ansätze, die im Alltag mit Leben erfüllt werden müssen.

Es ist gut, dass das Handlungskonzept 2005 überarbeitet wurde und nicht mehr nur als Leitbild in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fungiert, sondern der Schwerpunkt auf die Entwicklung einer starken und lebendigen Demokratie gelegt wird.

Positiv ist, dass oftmals im Land bei rechtsextremistischen Aktionen sofort Akteure vor Ort reagieren und besonders der NPD Paroli bieten. Wir erleben das gerade in Rheinsberg und in Biesenthal.

Dabei können diese Akteure auch auf bewährte Institutionen wie z.B. die Mobilen Beratungsteams zurückgreifen. Eigentlich gibt es diese mobile Beratung bereits seit Anfang der neunziger Jahre, schnell wurde diese Beratungstätigkeit zur Unterstützung lokaler demokratischer Strukturen auf insgesamt sechs Geschäftsstellen ausgebaut.

Und sie hat sich zu einem Exportschlager, zu einem Pfund entwickelt, mit dem Brandenburg wirklich wuchern kann und auf das man stolz sein kann. Mehrere Bundesländer haben diese Form der Beratungstätigkeit, nicht dozierend sondern fordernd zumindest versucht zu kopieren.

Aber viel wichtiger scheint mir die vorbeugende Arbeit. Es kommt noch viel mehr darauf an nicht nur zu reagieren sondern noch viel mehr zu agieren.

Inzwischen gibt es sehr viele Kooperationspartner und Vereinbarungen und in der Koordinierungsstelle beim Bildungsministerium wird engagiert gearbeitet. Sie hat inzwischen mit der Beteiligung an der Umsetzung der Bundesprogramme „Vielfalt tut Gut“ und „Kompetent für Demokratie“ weitere Aufgaben übernommen. Aber entscheidend ist, wie diese Vereinbarungen mit Leben erfüllt werden und was tatsächlich vor Ort passiert.

Die Ereignisse am 17. Mai in Groß Gaglow beim Wettkampf der Feuerwehren haben gezeigt, wie unverfroren rechtsextremistische Kräfte vorgehen um ihre Ideologie in die Öffentlichkeit zu bringen.

Wenn die Polizei und Staatsanwaltschaft zwar Ermittlungen einleiten, diese dann aber einstellen dann nehmen wir das zur Kenntnis. Viel wichtiger ist die Auseinandersetzung mit den Jugendlichen selbst. Das sie ihr Bedauern ausgedrückt haben ist ein erster Schritt. Wenn es Ihnen später ein Bedürfnis ist sich gegen rechtsextremistische Bestrebungen einzusetzen, wenn sie sich mit dieser Ideologie offen auseinandersetzen dann ist Demokratie und die Gesellschaft selbst gestärkt worden.

Es kommt aber auch darauf an, die Hintermänner aufzudecken, ihr tun öffentlich zu skandalisieren und dafür zu sorgen, dass sie bei den Kommunalwahlen keine Chance haben.

Am 22. Mai 2008 hatte ich die Gelegenheit an der 3. Konferenz der „Lokalen Aktionspläne (LAP) in der Staatskanzlei teil zu nehmen. Diese Lokalen Aktionspläne gehen bekanntlich auf das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.“ zurück.

Auch ich war zunächst einer der die Bundesprogramme kritisierte, weil sie zu sehr auf die staatliche Ebene fokussiert seien und zu wenig das zivilgesellschaftliche Engagement befördern.

Ich freue mich, dass ich diese Kritik nach der Konferenz relativieren kann, denn ich habe gesehen wie viele verschiedene Akteure über Netzwerke Zusammengebracht werden um vor Ort geeignete Strategien für die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und anderen rechtsextremistischen Orientierungen zu erarbeiten.

Über die Begleitausschüsse haben zivilgesellschaftliche Akteure die Möglichkeit Einfluss zu nehmen. Ja es wurde sogar kritisiert, dass kommunale Einrichtungen gar keine Zuwendungen empfangen können.

Aber es bleibt die Tatsache, dass von 21 Bewerbern nur 10 den Zuschlag erhalten konnten und somit 11 leer ausgingen. Mal davon abgesehen dass viele gar keinen Antrag gestellt haben. Das zeigt, dass es noch viel zu tun gibt. Und es bleibt die

Frage nach der Kontinuität und Nachhaltigkeit wenn Projekte nur 3 Jahre gefördert werden. Wobei ich gern einräume, dass nicht immer alles vom Geld abhängt.

Entscheidend ist, dass überall vor Ort in Brandenburg erkannt wird, dass vor rechtsextremistischen Bestrebungen keiner gefeit ist. Oft kostet es mehr Kraft entstandenen Strukturen zu bekämpfen als erst gar keine aufkommen zu lassen. Das ist natürlich leicht daher gesagt aber ich meine es ist richtig!

Wir brauchen deshalb überall vor Ort Konzepte vor allem zur Prävention aber auch zur Aktion, damit zivilgesellschaftliches Engagement entstehen kann. Bewährt hat sich, wenn sich dabei der Bürgermeister und die Abgeordneten an die Spitze stellen. Das unterstützt die Zivilcourage der Bürger und animiert zum Mitmachen. Höchst unterschiedlich ist die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien ausgeprägt. Sie reicht über den Konsens von Rechts bis Links, aber es gibt auch oft Dissens. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sollten wir nicht darum ringen wer der bessere Antifaschist ist.

Entscheidend ist, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine Alltagsaufgabe für alle Demokraten und in allen gesellschaftliche Bereichen ist. Dabei stehen Aufklärung und Bildung und Wertevermittlung an Hand der Verfassung im Vordergrund.

Erst kürzlich hatte ich die Gelegenheit einen Vortrag von Prof. Scheer von der Uni Freiburg zu hören. Er gab ein nahezu vernichtendes Urteil über die Bildungsinhalte in den Lehrplänen zur Nazidiktatur ab. Es gäbe ein recht gutes außerschulisches Angebot zu diesem Thema, aber in der Schule käme dies Thema zu kurz. Dabei läge gerade hier der strategische Ansatz um sich mit rechtsextremistischen Auffassungen auseinander setzen zu können. Das gleiche Dilemma sah er in der Lehrerausbildung. Diese Aussage schmälert in keiner Weise die hervorragende Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schulen (RAA), die einen beispielhaften Beitrag leisten, um Jugendliche für die Beteiligung an demokratischen Prozessen zu gewinnen und Schulen bei der Entwicklung einer demokratischen und interkulturellen Schulkultur unterstützen.

Bleibt als Fazit: das Handlungskonzept der Landesregierung hat sich in 10 Jahren bewährt und es ist Wert fortentwickelt zu werden!